

Kreis-Politiker sind für die Tunnellösung

Bürgerinitiative erhält Rückendeckung – »Neue B 239-Trasse führt über zahlreiche Privatgrundstücke«

■ Von Curd Paetzke

Hiddenhausen (HK). Die Bürgerinitiative (BI) »Wir für den Tunnel« betrachtet die angedachte Trassenführung der neuen B 239 entlang der Bahnlinie als schweren Fehler. In Anträgen an den Gemeinderat und an den Kreistag wird gefordert, die Planungen für die Tunnellösung fortzusetzen. Politiker aus dem Kreis Herford stellen sich klar auf die Seite der Bürgerinitiative.

Die Bürgerinitiative begrüßt zwar, dass die neue B 239 zwischen Herford und Kirchlengern in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden ist (das HERFORDER KREISBLATT berichtete), doch sei die Festlegung auf eine Straßenführung längs der Bahntrasse eine »Mogelpackung«.

BI-Sprecher Wolfgang Schmidt listet auf, was dieser Streckenverlauf speziell für Schweicheln bedeuten würde: »Die Trasse führt über zahlreiche Privatgrundstücke, das bedeutet Widersprüche und Enteignungen. Anwohner verlieren ihre Häuser, andere rücken in die erste Reihe vor eine Lärmschutzwand. Die Trasse zerschneidet den Ortsteil Schweicheln noch nachhaltiger, als es durch die Bahn schon geschieht.« Außerdem ber-

ge das Projekt reichlich technische Probleme. Wolfgang Schmidt nennt den Bahnhof, die Kreuzung der alten Trasse und die Überquerung der Bahn zwischen Bermbeck und Oberbehme.

Schmidt weiter: »Die Umweltverträglichkeitsstudie von 2012 hat als beste Lösung den Tunnel bestätigt. Danach hat das Land die Planung für die B 239 n eingestellt. Nun soll die Planung fortgesetzt werden, aber nur mit der zweitbesten Lösung, entlang der Bahntrasse. Für die Tunnellösung werden nicht einmal die genauen Kosten ermittelt. Dazu müssten in einem nächsten Planungsschritt die Trassenführung festgelegt und die Kosten kalkuliert werden.« Erst dann könne man die Tunnelvariante ernsthaft mit der Bahntrasse vergleichen.

Wenn die Planungen der Straße sich rein auf die Bahntrasse beschränken würden, schreibt die Bürgerinitiative, »droht die Wiederholung des Fiaskos mit der Trassenführung durch das Werretal, die am Ende verhindert wurde – ohne eine Lösung des Verkehrsproblems zu erreichen«. Die BI: »Wir sollten nicht noch einmal 20 Jahre und eine Menge Geld ver-



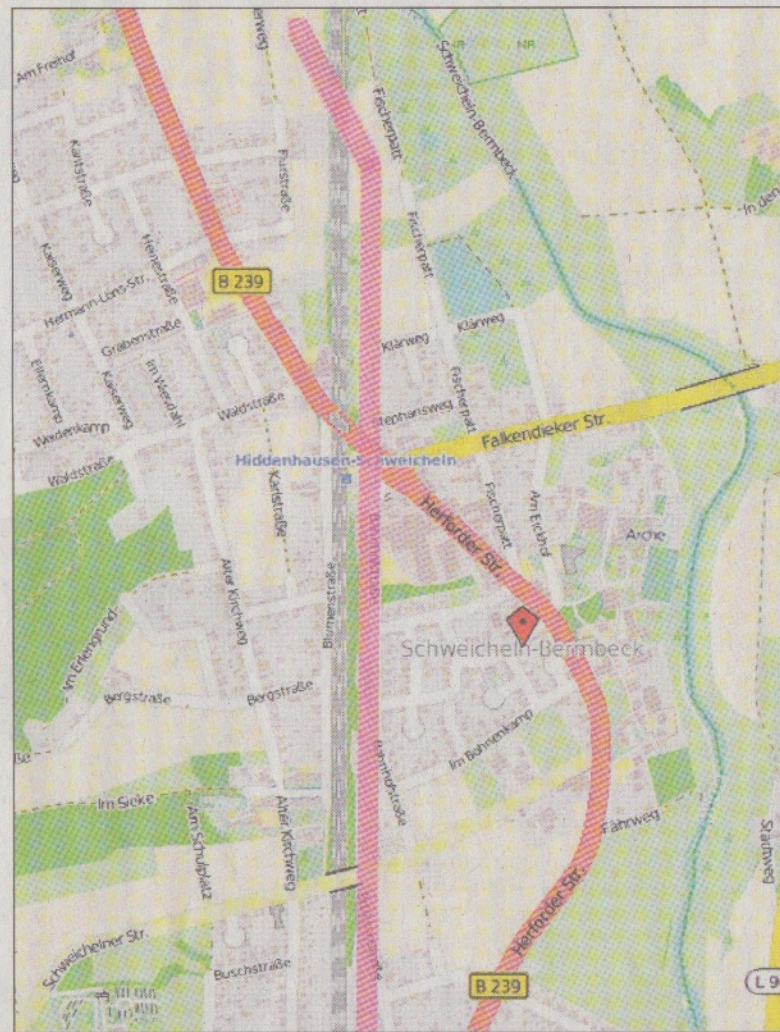
Wolfgang Schmidt, Sprecher der Bürgerinitiative

schwenden.« In dem Antrag an den Gemeinderat und den Kreistag heißt es: »Die Tunnellösung bedeutet den geringsten Eingriff in die dicht bebaute Gemeinde und schont den Lebensraum der Bürger. Sie ist sozial verträglich und kann zu kalkulierbaren Kosten zeitnah realisiert werden.«

Jetzt stellen sich auch Kreis-Politiker auf die Seite der Hiddenhauser Bürgerinitiative. Gemeinsamer Tenor: »Die B 239-Tunnellösung soll nicht ad acta gelegt werden.« Die Kreistagsfraktionen und -gruppen von SPD, CDU, Grünen, Linke, AfD, FDP und den Freien Wählern sprechen sich gemeinsam dafür aus, dass die Tunnelvariante in der Gemeinde Hiddenhausen auch weiter verfolgt wird. Das geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten Stellungnahme hervor.

In der morgigen Tagung des Regionalrates bei der Bezirksregierung Detmold wird demnach ein gemeinsamer Dringlichkeitsbeschluss aller im Kreistag vertretenen Parteien und Gruppen vorgelegt.

Darin wird das Bundesverkehrsministerium aufgefordert, die Planungen für eine Tunnelvariante weiter zu führen.



Diese Karte, entworfen von der Bürgerinitiative (BI), zeigt, dass viele Anwohner ihre Häuser räumen müssten, wenn die neue Trasse (dicke Linie) neben der Bahnlinie verlaufen würde. Skizze: BI/Open Streetmap

B239: SPD äußert sich

Stellungnahme

Hiddenhausen (HK). Die SPD-Schweicheln-Bermbeck begrüßt die Klarstellung im Entwurf zum Bundesverkehrswegeplan, dass eine Neutrassierung der B239 zwischen Kirchlengern und Herford vorrangig weiter zu planen ist. »Mit Besorgnis« nimmt sie aber »zur Kenntnis, dass die den Planungen beigelegte Skizze das Ergebnis der Umweltverträglichkeits- und Variantenuntersuchung teilweise ignoriert.« »Zwar wird darauf hingewiesen, dass der dargestellte Verlauf nur eine mögliche Variante darstellt, es wird aber unterschlagen, dass die Umweltverträglichkeitsuntersuchung aus 2012 einem anderen Trassenverlauf den Vorzug gegeben hat«, schreibt Ortsvereinsvorsitzender Jan Brockelt. Wie ohne Rücksicht auf die Anlieger die Veröffentlichung dieses einseitigen Entwurfs erfolgen konnte, »erschließt sich uns angesichts des parteiübergreifenden regionalen Konsenses nicht«, so Brockelt. Die SPD schließt sich der Forderung der Bürgerinitiative an, zeitnah das Linienbestimmungsverfahren auf Grundlage der Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsuntersuchung einzuleiten, inklusive der Tunnelvariante. Alle Mandatsträger sollten darauf hinwirken, dass entsprechende Klarstellungen im Verkehrswegeplan ergänzt werden. Die Initiative informiert am 18. April, 19 Uhr, im Treffpunkt Schweicheln-Bermbeck über das Thema.